

Eine Erinnerung an den 9. November 1989

Aufbruch zur deutschen Einheit

Hermann Wentker

Am 10. November 1989, am Tag nach der spektakulären Öffnung der Mauer, telefonierten SED-Generalsekretär Egon Krenz und Bundeskanzler Helmut Kohl miteinander. Trotz der turbulenten Ereignisse, die die Deutschen aus der DDR mit denen aus der Bundesrepublik zusammengeführt hatten, wollte Krenz in diesem Gespräch Kohl darauf festlegen, „dass gegenwärtig die Wiedervereinigung Deutschlands nicht auf der Tagesordnung steht“. Krenz hatte anscheinend gespürt, dass die Maueröffnung die Existenz der DDR infrage stellte; genau deshalb war er so auf eine zustimmende Antwort seines westdeutschen Gesprächspartners bedacht – eine Antwort, die er freilich nicht erhielt. Wenngleich man auf westdeutscher Seite bemerkt hatte, dass etwas Ungeheuerliches in der DDR passiert war, setzten aber auch hier weder die Politiker noch die Bevölkerung damals auf eine rasche Vereinigung Deutschlands.

Dennoch ist im Nachhinein der 9. November 1989 zu Recht als der Anfang der „Wende in der Wende“ bezeichnet worden: als der Zeitpunkt also, mit dem das Ende der DDR eingeläutet und der erste Schritt auf dem Weg zur Vereinigung mit der Bundesrepublik getan wurde. Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären? Warum lässt sich der Aufbruch zur deutschen Einheit mit dem 9. November 1989 datieren?

Zur Beantwortung dieser Fragen sind zunächst einige Bemerkungen zu der bis 1990 offenen deutschen Frage erforderlich. Danach wird auf die weltpolitischen Veränderungen und die inneren Unruhen in der DDR im Jahr 1989 eingegangen, um daran anschließend die Zukunftsvisionen der Demonstranten und oppositionellen Gruppierungen in der DDR vor dem Mauerfall zu skizzieren. Schließlich gilt es, die Veränderungen zu analysieren, die sich aus dem Mauerfall für das Revolutionsgeschehen und die westdeutsche Politik ergaben.

Die offene deutsche Frage

Die deutsche Teilung war nicht die endgültige Antwort auf die deutsche Frage nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Teilung war das Problem nur auf Eis gelegt worden. Wenn das Eis schmolz, musste die deutsche Frage zwangsläufig wieder aktuell werden. Grundbedingung der Teilung war der im Kalten Krieg entstandene Ost-West-Konflikt, der den gesamten europäischen Kontinent spaltete. Stabilisiert durch das „Gleichgewicht des Schreckens“, beruhte er auf der Vormachtstellung der Vereinigten Staaten im Westen und der der Sowjetunion im Osten Europas. Für die Aufrechterhaltung des Status quo in Deutschland galt es, die Bundesrepublik im westlichen und die DDR

im östlichen Lager zu halten. Die innere und äußere Westintegration der Bundesrepublik sowie ein breiter Konsens über die Demokratie und die Wohlstand sichernde Soziale Marktwirtschaft hielten diese in der westlichen Hemisphäre. Die sozialistische Diktatur und die Planwirtschaft konnten einen ähnlichen Konsens in der DDR nicht erzeugen; eine „innere Ostbindung“ gab es nicht. Die DDR-Führung hoffte stattdessen, sich auf andere Art und Weise zu legitimieren, sei es durch einen „Antifaschismus“ in den Farben der DDR, sei es durch begrenzte soziale Wohltaten im Rahmen der von Honnecker angestrebten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Beides reichte jedoch nicht aus, sodass sich die SED letztlich auf zwei Momente zurückgeworfen sah, die mehr die eigene Schwäche als die eigene Stärke demonstrierten: die Mauer und die sowjetische Garantie der inneren Ordnung des eigenen Staates (Breschnew-Doktrin). Im Verlauf der sechziger, siebziger und achtziger Jahre gewöhnten sich die Deutschen mehr und mehr an die Teilung. Mit dem Bau der Berliner Mauer wurden die Realitäten auf brutale und zugleich unübersehbare Weise im wörtlichen Sinne zementiert; im Zuge der Entspannungspolitik wurde dem von westlicher Seite aus Rechnung getragen und die DDR anerkannt. Die Bundesrepublik hielt zwar an der deutschen Einheit als Staatsziel fest, praktisch kam es jedoch vor allem darauf an, die Teilung durch eine „Politik der kleinen Schritte“ für die Deutschen erträglich zu machen. Auch im Alltag lebten die Menschen mit der Teilung, freilich nicht ohne den anderen Teil Deutschlands aus den Augen zu verlieren. Dabei war die Orientierung der DDR-Bürger nach Westen weitaus stärker als umgekehrt. Persönliche Kontakte, die durch die Entspannungspolitik wieder möglich geworden waren, und

die Medien, insbesondere das Fernsehen, führten den DDR-Bürgern stets vor Augen, wie ihre Landsleute im Westen lebten: in politischer Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand. Die Bundesrepublik war für die meisten von ihnen zwar ein unerreichbares Land, zugleich aber ein wichtiger Orientierungspunkt. Ohne sich für die Wiedervereinigung auszusprechen, maßten sie die „Ergenschaften der DDR“ doch stets an den Verhältnissen in Westdeutschland.

Der Wind des Wandels

Veränderungen im Ostblock bahnten sich seit Anfang der achtziger Jahre an; freilich nicht in der DDR, sondern mit dem so genannten Reformkommunismus in Ungarn und der Solidarność in Polen. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erfassten die *winds of change* auch die Sowjetunion, in der Michail Gorbatschow seit 1985 die Periode von *Glasnost* und *Perestroika* einleitete. Reformen in der Sowjetunion erschienen dem neuen Generalsekretär notwendig, um langfristig die sowjetische Stellung als Supermacht zu erhalten. Begleitet wurde die vorsichtige Öffnung nach innen von Entspannungspolitik nach außen: Mit dem INF-Vertrag Ende 1987 setzte die Sowjetunion ein sichtbares Zeichen ihres ernsthaften Abrüstungswillens. Der Ost-West-Gegensatz als eine der Voraussetzungen der deutschen Teilung schien sich abzuschwächen. Aber auch das Verhältnis der Sowjetunion zu den Ostblockstaaten wurde 1988 zumindest verbal auf eine neue Grundlage gestellt: Die sowjetische Führung verkündete an Stelle des Prinzips der „begrenzten Souveränität“ – also der Breschnew-Doktrin – das der „Wahlfreiheit“ – etwas salopp auch als „Frank-Sinatra-Doktrin“ bezeichnet („I did it my way“). Freilich war noch unklar, was da-

Aufbruch zur deutschen Einheit

mit genau gemeint war: Bedeutete es wirklich, dass die sowjetischen Truppen bei inneren Reformen oder inneren Unruhen in einem der Ostblockstaaten nicht eingreifen würden?

Dass ausgerechnet in der DDR die Reichweite der sowjetischen Zugeständnisse geprüft werden sollte, war 1988 noch nicht abzusehen. Zwar meldeten sich seit der Jahreswende 1987/88 oppositionelle Gruppierungen verstärkt zu Wort – genannt seien die Mahnwachen nach der Erstürmung der Berliner Umweltbibliothek durch die Stasi Ende November 1987 und die „Luxemburg-Liebnecht-Demonstration“ vom Januar 1988 mit ihren Konsequenzen. Diessoll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die seit Anfang der achtziger Jahre bestehenden Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen ein absolutes Minderheitenphänomen waren. Nach bisherigen Schätzungen umfassten sie höchstens 15000 Beteiligte, was einem Bevölkerungsanteil von 0,09 Prozent entsprach. Es waren schließlich im Jahr 1989 zwei Ereignisse, die der Opposition Auftrieb gaben: die Kommunalwahlen vom 7. Mai und die Grenzöffnung in Ungarn im September. Die Basisgruppen erregten durch die landesweite Beobachtung der Wahlen, die Aufdeckung systematischer Wahlfälschungen und anschließende Proteste gegen den Wahlbetrug allgemeines Aufsehen. Als entscheidender Auslöser für die Massenproteste in Leipzig und anderen Städten der DDR erwies sich indes die Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich. Nach dem Abbau der Grenzanlagen Anfang Mai begaben sich zahlreiche DDR-Bürger zunächst illegal und ab dem 11. September legal durch dieses Schlupfloch im „Eisernen Vorhang“ in den Westen. Die seit diesem Datum erfolgten Massenabwanderungen in die Bundes-

republik Deutschland bedingten eine seit dem 17. Juni 1953 in der DDR unbekannte massenhafte Protest- und Demonstrationsbereitschaft.

Kernfrage der DDR

Anders als in Ungarn und in Polen, wo Reformen in die jeweiligen Regierungen aufgenommen und 1988/89 innenpolitische Reformen eingeleitet wurden, blieb die DDR-Führung gegenüber den Veränderungswünschen im eigenen Land intransigent. Wer dies allein auf die Realitätsferne und Starrköpfigkeit der alten Männer im SED-Politbüro zurückführt, übersieht, dass wirkliche Reformen für die DDR letztlich immer mit der Existenzfrage verbunden waren. Otto Reinhold, Rektor der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK, brachte dies am 19. August 1989 auf den Punkt. Im Unterschied zu den anderen sozialistischen Staaten, deren Staatlichkeit „nicht in erster Linie von der gesellschaftlichen Ordnung“ abhängt, sei „die sozialistische Identität“ für die DDR die „Kernfrage“. Die DDR, so Reinhold damals, „ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine. Nur wenn wir diese Tatsache immer vor Augen haben, wird klar erkennbar, wie wichtig für uns eine Gesellschaftsstrategie ist, die kompromisslos auf die Festigung der sozialistischen Ordnung gerichtet ist. Für ein leichtfertiges Spiel mit dem Sozialismus, mit der sozialistischen Staatsmacht ist da kein Platz.“ Anders gewendet: Sobald in der DDR eine ernsthafte Demokratisierung der Verhältnisse durchgesetzt wurde, stellte sich angesichts der demokratisch verfass-

ten, von einem breiten inneren Konsens getragenen Bundesrepublik die Frage nach der deutschen Einheit.

Zukunftsvisionen und Ziele

Die überregionalen Oppositionsgruppen, die sich im Herbst 1989 auf der Grundlage der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen formierten – unter anderem das Neue Forum, Demokratie Jetzt, die Sozialdemokratische Partei und der Demokratische Aufbruch –, verfügten kaum über langfristige gesellschaftspolitische Konzepte. Dies hing erstens mit ihrer Herkunft zusammen: Ähnlich wie im Westen Deutschlands die so genannten „sozialen Bewegungen“ der achtziger Jahre waren sie nicht darauf aus, ein politisches Programm zur Umgestaltung von Staat und Gesellschaft durchzusetzen, sondern artikulierten ein eher emotional bedingtes Unbehagen etwa an der zunehmenden Umweltverschmutzung, an der nuklearen Aufrüstung und an der Verletzung der Menschenrechte. Zweitens ging es ihnen im Herbst 1989 gar nicht um die ferne Zukunft, sondern verständlicherweise um das Geschehen auf der Straße: Sie wollten mobilisierend, aber nicht polarisierend wirken. Drittens schließlich muss gerade für die Frühphase der Oppositionsformierung bedacht werden, dass man SED und MfS nicht provozieren wollte. Aus all dem ergab sich, dass die oppositionellen Zusammenschlüsse in ihren Vorstellungen über die Zukunft eher vage blieben. Als gemeinsamen Nenner formulierten Vertreter der verschiedenen Gruppen in einer „Gemeinsamen Erklärung“ am 4. Oktober 1989: „Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten.“ Dazu gehörten vor allem die Forderungen nach freien, geheimen Wahlen, nach

Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie nach Kontrolle des Polizei- und Sicherheitsapparates.

Erst nach dem Rücktritt von Erich Honecker am 18. Oktober wurden die Gruppen konkreter in ihrer Forderung nach einer strikten Trennung von Staat und Partei beziehungsweise der Beendigung des SED-Machtmonopols. Deutlich wurde jedoch nicht nur ihre Abgrenzung gegenüber der SED-Diktatur; sie verstanden sich ebenfalls als „Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft“. Dazu musste die DDR als unabhängiger Staat erhalten bleiben: Denn der oft beschworene „Dritte Weg“ konnte gemeinsam mit der kapitalistischen Bundesrepublik nicht beschritten werden.

Die ersten Demonstrationen in Leipzig im September 1989 galten jedoch einer anderen Forderung: der Reisefreiheit.

Ausreisegesog und Reformforderungen

Indem sich die Ausreisewilligen zusammenfanden und für das Recht auf Freizügigkeit auf die Straße gingen, ermutigten sie aber auch jene, die bleiben wollten, ihrem Protest öffentlich Ausdruck zu verleihen. Lauteten am 4. September die Sprechhöre noch: „Wir wollen raus!“, so betonten die Demonstranten eine Woche später – nach Öffnung der ungarischen Grenze: „Wir bleiben hier!“ Wie eng Ausreisegesog und Reformforderungen zusammenhingen, wird in der Parole deutlich: „Wir bleiben hier, aber nur, wenn es nicht so bleibt, wie es ist!“ Als der Ruf nach politischen Veränderungen innerhalb der DDR immer lauter wurde, erhielten auch die Gruppierungen der Bürgerbewegung regen Zulauf. Von der Massenbewegung waren sie freilich ebenso überrascht wie das SED-Regime, da sie die Dra-

Aufbruch zur deutschen Einheit

matik der Situation nicht erkannten. Sie organisierten nicht das Geschehen, sondern wurden von den immer stärker anwachsenden Massen auf den Straßen an die Spitze des Protestes geschoben. Gleichwohl waren sie in dieser Phase der Revolution – von September bis Anfang November – die unbestrittenen Meinungsführer des öffentlichen Protests. Den Erfolg brachten freilich die Demonstranten, die allein durch ihre schiere Anzahl verhinderten, dass es am 9. Oktober in Leipzig zu einem Blutbad kam. Die Erosion der Staatsmacht, für die der Putsch im Politbüro am 17. und die Absetzung Honeckers am 18. Oktober sichtbare Zeichen waren, ließ die Massen weiter anschwellen; der Führungsanspruch der SED wurde immer vehementer infrage gestellt. Da nun offensichtlich nicht mehr mit Repressalien zu rechnen war, gab es auch vereinzelt – insbesondere in grenznahen Gebieten – Rufe, die den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung forderten; es handelte sich dabei jedoch noch um eine absolute Minderheit. Bei der größten Demonstration in der Geschichte der DDR, die am 4. November in Ost-Berlin stattfand, war die deutsche Einheit kein Thema. Die Abschlusskundgebung auf dem Alexanderplatz dominierten Intellektuelle wie Stefan Heym, Christa Wolf und Friedrich Schorlemmer, die für einen demokratischen Sozialismus in der DDR eintraten. In dem Maße, in dem die Staats- und Parteiführung sich als unfähig erwies, die Krise zu meistern, waren letztlich die Oppositionsbewegungen gefordert, ihre Programme zu konkretisieren. Denn nun wurde mit einem Mal die Forderung laut: „Neues Forum an die Macht.“ Wie aber sollten die die Macht übernehmen, die damit nichts zu tun haben wollten? Die Oppositionsgruppen hatten sich offenbar zu Tode gesiegt. Bereits vor

dem 9. November bekam das Bündnis zwischen den Demonstranten und den oppositionellen Zusammenschlüssen Risse. Diese wurden jedoch kaum registriert, da in den ersten Novembertagen noch aller Augen auf die Machtzentrale in Ost-Berlin gerichtet waren, wo nach Rücktritt der Partei- und Staatsspitze am 8. November ein vom ZK der SED neu gewähltes Politbüro installiert wurde.

Der Fall der Mauer

Der Mauerfall war, wie Hans-Hermann Hertle es ausgedrückt hat, „eine nicht beabsichtigte Folge sozialen Handelns“. Auf einen einfachen Nenner gebracht, befand sich die SED-Führung in einer Zwangslage, hervorgerufen von drei Faktoren: erstens von Massenprotesten auf den Straßen, die auf Demokratisierung drängten; zweitens von enormen wirtschaftlich-finanziellen Problemen: Die DDR stand kurz vor dem Kollaps, sodass eigentlich eine drastische Senkung des Lebensstandards nötig gewesen wäre; und drittens von außenpolitischem Druck von Seiten der Tschechoslowakei, über welche die Ausreisewelle weiter lief, nachdem die DDR die Grenzen nach Ungarn und Polen dicht gemacht hatte. Mit einer großzügigen, aber kontrollierbaren Ausreiseregulation wollte die neue DDR-Führung die Lösung aller drei Probleme angehen: Der innere Druck sollte reduziert, die Tschechoslowakei entlastet und die Grenze zwar durchlässiger, die Mauer aber als Faustpfand erhalten werden. Ziel war dabei, sich weitere Liberalisierungsschritte vom Westen teuer bezahlen zu lassen. Daraufhin wurde auch eine entsprechende Übergangsregelung für ein Reisegesetz ausgearbeitet, das die Ausreise an den Besitz eines Reisepasses – den die we-

nigsten besaßen – und die Erteilung eines Visums koppelte, das erst beantragt werden musste. Das ZK der SED, welches seit dem 8. November in Permanenz tagte und über eine Fülle von Themen debattierte, stimmte am 9. November der neuen Regelung zu, ohne die Tragweite des Beschlusses zu erkennen. Der eigentliche Fehler war, dass Egon Krenz nicht, wie geplant, mit der Bekanntgabe bis zum nächsten Tag – einem Samstag – warten wollte, sondern Günter Schabowski, der an der Sitzung nicht teilgenommen hatte, mit der Bekanntgabe in der abendlichen Pressekonferenz beauftragte. Den etwas konfuse Äußerungen Schabowskis entnahmen die Pressevertreter auf Nachfrage vor allem eines: Die DDR öffnet die Grenzen, und zwar ab sofort. Die Nachrichtenagenturen und die „Tageschau“ verbreiteten die Meldung unverzüglich. Das löste in Ost-Berlin einen regelrechten Sturm auf die Grenzübergangsstellen aus; die Grenzpolizisten wandten sich verzweifelt an ihre Vorgesetzten. Diese konnten aber auch keine verbindlichen Anweisungen geben, da die zuständigen Minister in der bis gegen 21 Uhr dauernden ZK-Sitzung saßen und unerreichbar waren. Die Massen ließen sich nicht lange hinhalten, zumal sie sich auf die Schabowski-Äußerung berufen konnten, die Übergangsregelung trete „ab sofort, unverzüglich“ in Kraft. Die Grenze wurde geöffnet, in der Nacht feierten die Berliner Wiedersehen, und die Menschen tanzten auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor. Allen, die das Ereignis miterlebten oder auch an den Bildschirmen verfolgten, war bewusst, dass etwas Ungeheuerliches geschehen war.

Zwei spontane Reaktionen seien erwähnt. Der Chef des Stabes der Volkspolizei im DDR-Innenministerium, Karl-Heinz Wagner, begab sich um Mitternacht am 9. No-

vember mit Oberst Hans-Joachim Krüger vom MfS zu einer gemeinsamen Erkundungsfahrt entlang der Grenze. Dabei spielte sich folgender Dialog ab:

Krüger: „Karl-Heinz, das sieht schlimm aus!“

Wagner: „Es sieht schlimm aus. Soll ich dir mal was sagen?“

Krüger: „Na sag’s!“

Wagner: „Der Sozialismus ist verloren. Sieh in die Augen der Menschen. Wir haben kein Hinterland mehr!“

Spontane Reaktionen

Im Deutschen Bundestag in Bonn gab Kanzleramtsminister Rudolf Seiters am 9. November abends für die Bundesregierung eine kurze, äußerst zurückhaltende Erklärung ab; nach einigen Äußerungen dazu erhoben sich die Abgeordneten spontan und sangen: „Einigkeit und Recht und Freiheit.“ Die erste Reaktion verdeutlicht das Gefühl, dass die DDR nach dem Mauerfall am Ende war; die zweite, dass nun auch die deutsche Frage auf die Tagesordnung zurückgekehrt war.

In der Tat: Mit dem Mauerfall wurde das Tor zur deutschen Einheit aufgestoßen. Denn die für die Aufrechterhaltung der Teilung notwendigen Bedingungen waren auf einmal nicht mehr gegeben: die Mauer und die sowjetische Interventionsbereitschaft im Fall gravierender innenpolitischer Veränderungen. Zwar kam der Mauerfall für die sowjetische Seite ebenso überraschend wie für alle anderen Beteiligten und löste dort zunächst heftigen Unmut aus. Am Nachmittag des 11. November war jedoch klar, dass die sowjetischen Truppen – anders als am 17. Juni 1953 – nicht in Marsch gesetzt würden. Nachdem Gorbatschow Helmut Kohl in einem Telefonat an diesem Nachmittag mitgeteilt hatte, dass er vor allem an Stabili-

Aufbruch zur deutschen Einheit

tät interessiert sei, äußerte sich der Kanzler erleichtert: „De Bärm is g'schält“, sagte er in seinem Pfälzer Dialekt zu seinen Mitarbeitern, weil er sich nun endgültig darüber im Klaren war, dass Moskau eine chinesische Lösung nicht anstrebte.

Das Tor war zwar geöffnet, die nationale und die internationale Situation war jedoch noch zu verworren, als dass die politischen Akteure in Bonn den Weg zur deutschen Einheit sofort beschritten hätten. Zur Klärung trugen die Veränderungen in der DDR in entscheidender Hinsicht bei. Elf Millionen Menschen besuchten in den zehn Tagen nach der Maueröffnung West-Berlin und die Bundesrepublik, sahen nun vor Ort, wie ihre Landsleute lebten, und stellten sich zu Recht die Frage, warum sie in dieser Situation, in der die Übersiedlung in den Westen kein Problem mehr darstellte, anders leben sollten. Obwohl die Ausreisewelle anhielt, wollten die meisten DDR-Bewohner ihre Heimat nicht aufgeben; stattdessen verlangten sie nun die Herstellung der deutschen Einheit. Bei den folgenden Demonstrationen wuchs die Zahl der Einheitsbefürworter spürbar an.

„Wir sind ein Volk“

Die Parole „Wir sind das Volk“ mutierte zu: „Wir sind ein Volk.“ Den ganzen November und Dezember 1989 über wurden jedoch noch zahlreiche Gegenforderungen laut, die die Wiedervereinigung ablehnten. Diese gingen zum einen auf die Bürgerbewegungen zurück, die Veränderungen in der DDR wollten und mit der Wiedervereinigung ihre Vision eines „Dritten Weges“ gefährdet sahen. Zum anderen reihten sich hier SED-Anhänger ein, die zu partiellen Reformen bereit waren, aber möglichst viel vom alten System retten wollten. Symp-

tomatisch dafür war, dass ausgerechnet Egon Krenz den reformorientierten Aufruf einiger Intellektueller „Für unser Land“ vom 26. November ausdrücklich begrüßte und zusicherte, in diesem Sinne politisch zu wirken.

In der sich klärenden, aber insgesamt noch nicht eindeutigen Situation verkündete Bundeskanzler Kohl am 28. November das so genannte „Zehn-Punkte-Programm“. Darin schlug er vor, „konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung, zu schaffen“. Er bekannte sich zur Wiedervereinigung, fügte aber relativierend hinzu: „Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Dass aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.“ Das Nahziel war somit eine immer engere Kooperation mit der DDR, um eine Art Staatenbund zu schaffen, das Fernziel ein wiedervereinigtes, bundesstaatlich gegliedertes Deutschland. Obwohl Kohl mit diesem Vorhaben keineswegs auf ungeteilte Zustimmung stieß, hatte er damit die Meinungsführerschaft in der Deutschlandpolitik übernommen. Positive Reaktionen kamen insbesondere aus den Reihen der Aktivisten auf den Straßen in der DDR: Nach einer Umfrage unter den Leipziger Demonstranten vom 11. Dezember stimmten immerhin 66 Prozent von ihnen dem „Zehn-Punkte-Plan“ zu, eher dagegen waren 23, absolut dagegen lediglich elf Prozent. Damit trat die ostdeutsche Revolution in ihre „nationale Phase“, in der diejenigen, die die deutsche Einheit auf möglichst raschem Wege forderten, die Mehrheit erhielten.

Da die Bürgerbewegungen eine zögerliche bis ablehnende Haltung zur Einheit einnah-

men, verloren sie die Meinungsführerschaft, obwohl sie an den ins Leben gerufenen „Runden Tischen“ in der DDR dabeisafßen und einen friedlichen Übergang garantierten. Der Bürgerrechtler Jens Reich hat dies prägnant beschrieben: „Als Erste stemmten wir uns gegen das Tor. Das Schloss gab nach, das Tor ging auf, wir stürzten der Länge nach hin, während die Nachfolgenden uns überrannten, neuen Zielen zu, die wir nicht mehr aussuchen konnten.“ Für die nachfolgende Entwicklung wurde neben dem immer stärker werdenden Ruf nach der Wiedervereinigung bei den Demonstrationen zweierlei entscheidend: die Unfähigkeit der DDR-Führung unter Ministerpräsident Hans Modrow, die Lage innenpolitisch und deutschlandpolitisch in den Griff zu bekommen, und die Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl, das Machtvakuum in der DDR zu nutzen und den Vereinigungsprozess zu beschleunigen. Diese Entscheidung lässt sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf den 19. Dezember 1989 datieren, als Kohl in Dresden mit Modrow zusammentraf, um über dessen Idee einer deutsch-deutschen „Vertragsgemeinschaft“ und den „Zehn-Punkte-Plan“ zu beraten. Vor den abendlichen Gesprächen der beiden Regierungschefs bereiteten zehntausende Menschen aus Sachsen dem Bundeskanzler einen überwältigenden Empfang. Bei der Ruine der Frauenkirche hielt er eine kurze, improvisierte Ansprache, in der er, wie sein politischer Berater Horst Teltschik festhielt, „den richtigen Ton“ traf. Kohl hatte instinktiv erkannt, dass die Wiedervereinigung nicht ein mittelfristiges Projekt war, das innerhalb der nächsten zehn Jahre erreicht werden konnte, sondern dass die Stimmung ein sehr viel schnelleres Handeln ermöglichte und erforderte. Er setzte daher nicht mehr primär auf Ver-

handlungen mit der demokratisch nicht legitimierten DDR-Regierung, sondern wartete ab, bis nach vorgezogenen Neuwahlen eine neue Regierung in Ost-Berlin als Verhandlungspartner auftrat.

Nachdem sich Kohl einmal für eine rasche Wiedervereinigung entschieden hatte, wurde er zusätzlich durch den ungebremssten Strom der Ausreisenden in die Bundesrepublik und den Ruf der Demonstranten: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr!“ in seinem Handeln angespornt. Daher verkündete er am 6. Februar, mit der DDR „unverzüglich in Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform einzutreten“ – eine Initiative, die am 18. Mai 1990 zur Unterzeichnung des am 1. Juli in Kraft tretenden Vertrages über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion führte. Anfang Februar wurde ebenfalls unter Schirmherrschaft des westdeutschen CDU-Vorsitzenden aus der ehemaligen DDR-CDU, dem Demokratischen Aufbruch und der Deutschen Sozialen Union die „Allianz für Deutschland“ aus der Taufe gehoben, die im Wahlkampf am entschiedensten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit eintrat. Die West-SPD hatte sich bereits im Dezember 1989 deutlich zu ihren Gunsten eingemischt; nun zog die Union nach und leistete der Allianz massive Wahlkampfhilfe.

Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 wurde vor diesem Hintergrund zu einer Volksabstimmung über die deutsche Einheit. Das sensationelle, von keinem vorhergesehene Ergebnis von annähernd fünfzig Prozent für die „Allianz für Deutschland“ dokumentierte den überwältigenden Einheitswillen der Menschen in der DDR. Vor allem von westlicher Seite, aber auch von Seiten der nicht zum Zuge gekommenen Bürgerbewegungen wurde diese Einstel-

Aufbruch zur deutschen Einheit

lung als „D-Mark-Nationalismus“ diffamiert und den Wählern lediglich schnödes materielles Interesse unterstellt. Abgesehen davon, dass auch in etablierten Demokratien oftmals materielle Interessen das Wahlverhalten bestimmen, war es nur zu verständlich, dass gerade die schlecht gestellten Bürger der DDR einen möglichst raschen Weg zur Veränderung ihrer Lebenssituation wählten. Dabei stand die D-Mark nicht nur für materiellen Wohlstand, sondern auch für das politische und wirtschaftliche System, das diesen Wohlstand erst ermöglicht hatte. Indem die neue DDR-Regierung in den kommenden Monaten der Bundesregierung bei den verschiedenen Vertragsverhandlungen weit entgegenkam, erfüllte sie somit das Wählervotum, das indirekt zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 führte.

Der 9. November 1989 ist einer der wenigen glücklichen Momente der jüngsten deutschen Geschichte. Die Maueröffnung beendete die zweite Diktatur in Deutschland, ermöglichte die deutsche Einheit und brachte auch der ehemaligen DDR demokratische Verhältnisse. Sie markiert, wie die vorangegangenen Darlegungen zeigen, den Wendepunkt in einem revolutionären Prozess, der außergewöhnlich friedlich verlief. Dies betrifft sowohl die innen- als auch die außenpolitischen Aspekte der Entwicklung: Die Revolution im Inneren wurde ohne Blutvergießen und weitgehend gewaltlos erreicht, und zur Wiedervereinigung bedurfte es – anders als im neunzehnten Jahrhundert – keiner militärischen Auseinandersetzungen. Im Gegenteil: Sie kam im weitgehenden Einvernehmen mit den Supermächten und den europäischen Nachbarn Deutschlands zu Stande. Das ist einerseits das Verdienst der Menschen auf den Straßen und Plätzen der DDR im Herbst 1989 und ande-

rerseits der besonnenen führenden Politiker in Ost und West. All dies ist Grund genug, sich aufrichtig zu freuen und dankbar zu sein.

Dem widerspricht, dass die öffentliche Kritik an der Einheit in Ost und West sich nach wie vor lautstark zu Wort meldet. Im Westen stehen dabei vor allem die durch die Wiedervereinigung bedingten zusätzlichen finanziellen Belastungen im Vordergrund, im Osten die Opfer, die die Umstrukturierungsprozesse erfordert haben, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit sowie die Enttäuschung über die angeblich ausgebliebenen „blühenden Landschaften“. Beschworen wird allgemein die Gefahr eines erneuten „Auseinanderdriftens“, beklagt werden allenthalben die angeblich nach wie vor bestehende „Mauer in den Köpfen“ und die mangelnde „innere Einheit“ der Deutschen (ausführliche Kommentierungen dieses Phänomens auch in *Die politische Meinung* 369/August 2000 zum Thema *Dynamik der Einheit – Die jungen Länder*). Damit wird dieser Begriff freilich überfrachtet: Eine Homogenisierung in den Lebensbereichen und Mentalitäten ist weder erreichbar noch wünschbar in einem so pluralistischen Gemeinwesen wie der Bundesrepublik Deutschland. Dieses ist stabil genug, um Kritik auszuhalten, unter der Voraussetzung, dass der prinzipielle Grundkonsens über das politische und gesellschaftliche System erhalten bleibt. Die Deutschen sollten daher bei aller berechtigten Kritik im Einzelnen nicht vor den nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten im Zusammenleben miteinander resignieren, sondern mit Mut und Besonnenheit versuchen, diese zu meistern. Die Probleme sind bei weitem nicht so groß wie die, vor denen die Demonstranten des Jahres 1989 standen.